

„Gesetzentwurf widerspricht FDP-Prinzipien“

Heute wird entschieden – Hochschulmediziner schickten ihren Online-Protest an CDU und FDP

bik. 2500 Unterschriften haben die deutschen Hochschulmediziner, darunter auch Vertreter der Universität Heidelberg, in Form einer Internet-Petition gesammelt: Sie fordern einen Stopp des Universitätsmedizingesetzes, das heute vom Landtag in Stuttgart verabschiedet werden soll. Die Listen wurden sowohl Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) als auch Wirtschaftsminister Ernst Pfister (FDP) übergeben. Beide Koalitionsparteien wollen das von den betroffenen Unikliniken und Fakultäten abgelehnte Gesetz heute durchdrücken. Grüne und SPD haben Widerstand angekündigt.

Vor allem die Unterstützung des Gesetzentwurfes durch die FDP sei nicht nachzuvollziehen, klagen die Hochschulmediziner in ihrem Schreiben an Pfister. In der Koalitionsvereinbarung habe die

FDP der Universitätsmedizin gleiche Handlungsmöglichkeiten versprochen, wie sie die privaten Krankenhausträger hätten. Zudem verwirkliche der Gesetzentwurf eine in Deutschland beispiellose Verstaatlichung und Bürokratisierung, die nicht zu den ordnungspolitischen Grundsätzen der FDP passe. Und: Warum trete die FDP für eine aus Staatsvertretern zusammengesetzte Gewährträgerversammlung ein, obwohl da der notwendige Sachverstand nicht vertreten sein könne?

„Vor allen Dingen ist uns aufgefallen, dass der Gesetzentwurf nahezu ausnahmslos nur von drei Personen propagiert wird: Minister Frankenberg, CDU-Abgeordneter Pfisterer, CDU-Fraktionsvorsitzender Hauk“, heißt es im Schreiben an Minister Pfister weiter. „Wir ha-

ben nicht eine Stimme der FDP vernommen, warum sie einen derart mangelhaften und von allen Fachleuten kritisierten Gesetzentwurf mitträgt, der allen Prinzipien widerspricht, für die Ihre Partei steht.“

Die Heidelberger FDP-Landtagskandidatin Annette Trabold stellt sich hier allerdings gegen ihre Partei: „Ich fürchte durch die Einrichtung einer Gewährträgersammlung eine zu starke Politisierung bei den Unikliniken und Unklarheiten bei den Kompetenzen dieser Gewährträgersammlung und den bereits bestehenden Aufsichtsräten“, teilte sie der RNZ mit. „Manchmal zeigt Politik in meinen Augen auch dadurch Stärke, dass sie ursprünglich für richtig gehaltene Positionen nochmals überdenkt. Dies wäre hier geboten.“